

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: Die Zeilen für gewöhnliche Anzeigen... (Detailed pricing information follows)

Schärfstes Mißtrauen gegen Stresemann

Stresemanns Zeichenbegängnis.

Unter parlamentarisch. Mitarbeiter schreibt uns: Mit weniger kommun. tischen Spektakel als am Montag letzte der Reichstag gestern die politische Auslegung fort. Herr Kemmle war unter den Seinen nicht finden, weil ihm die Obhut der Reichstagsdiener den Eintritt in das Sitzungsgebäude verwehrte, obwohl er Rechte, durch alle möglichen Hintertüren in das Haus gelangen. Selbst der Versuch, sich durch das Maschinen-Einlaß zu verschaffen und der Welt ein neues Schauspiel zu liefern, scheiterte. Immerhin bemühten seine Freunde, wenn auch in abgeschwächter Form, den Kemmle-Ersatz zu liefern, ohne daß das gelungen wäre und der Reichstagspräsident mit neuen Anweisungen einschreiten mußte. Einen Ausweisungsbekanntmachung gab es dennoch am Donnerstag. Der kommunist. Thomas, ein Parlamentarier, der sich wie Kemmle bisher lediglich durch Schwänzen der Ausschüsse und Gebrüll im Plenum auszeichnet hat, mußte während der Reichstagsrede einmal zur Ordnung gerufen werden. Das genügte, einigermassen zur Vernunft zu bringen, denn er versuchte auf einen weiteren Ordnungsruf, der gleichwertig gewesen wäre mit der Ausweisung aus dem Hause, der Entziehung der Ämter und der Aufhebung der Immunität für die Dauer von 20 Tagen.

Von der äußersten Linken mit jämmerlichen Schreien empfangen, nahm der Reichstagspräsident vor dem besetzten Hause und bei allgemeiner Spannung das Wort zu einer fast zweistündigen Rede. Er fand bei seinen Betrachtungen über die Innen- und Außenpolitik keine Kennzeichnung, der auch wir unsere Zustimmung geben können. Seine Worte gegen den französischen Ministerpräsidenten und sein späteres Bekenntnis zur Demokratie erkennen wir gerne an, wie wir auch die Verurteilung des Parlamentarismus gegen rechts und die Zurückweisung der deutschnationalen Politik befriedigt zur Kenntnis genommen haben. Aber was hilft alles? Im Reden ist Herr Stresemann immer groß geblieben, während seine mündlichen Ausführungen bis zu einem Vergleich mit seinen Taten nicht standhalten können! Selbst wenn er gestern die restlose Aufhebung des Belagerungszustandes und ein scharfes Wort gegen Bayern angeklagt hätte, wäre es uns gefallen, ihm ohne weiteres Glauben zu schenken, wenn die entsprechenden Taten nicht vollzogen wurden. Diese Anklage hat der Reichstagspräsident nicht nur gemacht, sondern vielmehr versucht, sich über die parlamentarischen Klippen durch Schweigen hinwegzusetzen und die ihn von unserer Seite treffenden Vorwürfe unberücksichtigt zu lassen.

Schon der chronologische Aufbau der Rede läßt ein gewisses Gewissen des Reichstagspräsidenten vermuten. Bekanntlich ging seiner Attacke gegen die sächsische Regierung dem Einmarsch der Reichswehr in Thüringen der Einmarsch der Münchener Putschisten voraus. Herr Stresemann kümmerte sich darum nicht, er begann seine politischen Ausführungen mit einem Rückblick auf Ereignisse in Bayern und entging damit von vornherein der Hauptfrage, die er in bezug auf den "Ordnungszustand" hätte ziehen müssen, wenn er mit den Ereignissen in Sachsen, wie es konsequent gewesen wäre, begonnen hätte. Er wäre in diesem Falle nicht zu Bayern bitteres Unrecht getan hat. Aber selbst die Kennzeichnung der Vorgänge in Bayern vermag nicht im geringsten zu befriedigen, weil er wichtige Punkte unterschlug und ihrer Behandlung vielleicht aus Rücksicht auf die Unpopulartät auswich. Gewiß brachte er die Abhänger über die Bürgerbräutodmie zum Ausbruch. Kein Wort aber widmete er den endlosen Verfassungswidrigen Handlungen des Generalstaatsrats und den verfassungswidrigen Verboten der Reichswehr in Bayern. Auch die wichtigsten Zwischenfälle über den General Lossow, der noch von Reichsgeldern bezahlt wird und den Aufbruch der irregulären Verbände an der thüringischen Grenze, für die das bayrische Kabinett immer Millionen und Abermillionen zur Verfügung stellen ließ, schienen ihm nebensächlicher Natur zu sein, denn

er blieb dem Reichstag die Antwort über seine Stellungnahme zu diesen wichtigen Einzelheiten schuldig.

Noch dürftiger als die Ausführungen über Bayern war der Verteidigungsversuch des Reichstagspräsidenten für die Maßnahmen gegen Sachsen. Aus seinem Bericht, dem Reichstagsminister Heintze, wie es sonst bei ähnlichen Fällen üblich ist, den besonderen Dank auszusprechen, dürfte zu entnehmen sein, daß Dr. Stresemann mit dem Vorgehen dieses deutschnationalen Volksparteilers selbst nicht einverstanden war. Das aber hätte offen ausgesprochen werden müssen, und gerade der gegenwärtige Reichstagspräsident, der selbst eine Vereinigung seiner Partei von den Heintze-Politikern wünscht, hätte sich durch eine, wenn auch verschwommene Mißbilligung des provokatorischen Hiniauswurfs der sächsischen Minister vielleicht selbst einen guten Dienst erweisen können. Einer erzwungenen Vereinigung seiner Partei zog er eine allgemeine Beschönigung der Regierungspolitik gegenüber Sachsen bzw. Thüringen vor und wich einer klaren Antwort auf die Angriffe der Sozialdemokratie aus. Es wäre mehr als angebracht gewesen, wenn Dr. Stresemann bei seiner Erwähnung eines Befehls von General Müller, in dem nach seinen Mitteilungen den Truppen eine menschliche Behandlung der Verhafteten zur Pflicht gemacht wurde, gleichzeitig anerkannt und mitgeteilt hätte, daß der Kommandeur des Wehrkreis-Kommandos IV in seiner Anordnung auch von "unwürdigen Mißhandlungen" spricht und damit die Vorwürfe gegen die ihm unterstellten Truppen allgemein als berechtigt anerkennt. Nicht nur auf die Bekanntgabe dieser äußerst wichtigen Feststellung in einem militärischen Befehl hat der Reichstagspräsident verzichtet, sondern er hat es darüber hinaus ferner nicht für notwendig gehalten, mitzuteilen, welcher Strafe die schuldigen Soldaten entgegengeführt worden sind.

Alles in allem: der Reichstagspräsident ist am Donnerstag zu seinem eigenen Lotengraber geworden. Er wußte, welche Voraussetzungen die Sozialdemokratie an eine Aenderung der seit langem von ihr angekündigten Haltung geknüpft hatte. Kein Zweifel konnte mehr darüber bestehen, daß selbst auch bei einer partiellen Aufhebung des Belagerungszustandes eine neutrale Haltung unserer Fraktion nach allem, was wir während der Ausübung der vollziehenden Gewalt durch die Militärs erlebt haben, unmöglich gemacht worden ist. Wir sind keine Gegner der Reichswehr, sondern im Gegenteil bemüht, ihre schwierige Aufgabe anzuerkennen und denken nicht daran, die Befehlshaber für jede einzelne Mißtat der ihnen untergeordneten Truppenteile verantwortlich zu machen. Unsere Forderung ist deshalb auch nicht als gegen die Reichswehr gerichtet zu betrachten. Sie ist begründet in einer auch bei den bürgerlichen Mittelparteien Anerkennung findenden

Rechtsauffassung und dem Willen, getreu der Verfassung allen Teilen des deutschen Volkes Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Solange diese Auffassung nicht anerkannt wird und die Einsicht fehlt, daß der gegenwärtige Ausnahmezustand mit dem Tage überflüssig geworden ist, an dem sich zeigte, daß Bayern sich um das Reichsausnahmerecht nicht kümmert, muß jede Regierung darauf gefaßt sein, die Unterstützung der Sozialdemokratie nicht zu finden. Herr Stresemann hat bisher darauf verzichtet, sich unseren Standpunkt zu eigen zu machen, er muß infolgedessen auf die Konsequenzen gefaßt sein und sich zum Zeichenbegängnis bereit halten.

Der sozialdemokratische Mißtrauensantrag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgte am Donnerstagabend nach mehrstündiger Sitzung folgenden Beschlüssen: „Die Reichsregierung hat den militärischen Ausnahmezustand gegen Sachsen und Thüringen, ohne daß hierfür sachliche Gründe vorliegen, in schärfster Form angewandt, gegen die verfassungsmäßigen Zustände in Bayern aber nichts entscheidendes getan. Sie hat daher nicht das Vertrauen des Reichstages.“ Die Einreichung eines unmotivierten Mißtrauensantrages wurde mit gleichem Stimmenverhältnis abgelehnt. Zuvor beschloß die Fraktion mit 72 gegen 57 Stimmen, das kommunistische und deutschnationale Mißtrauensvotum abzulehnen. Im Falle der Einreichung eines Vertrauensvotums durch die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft stimmt die Fraktion mit „Nein“.

Parlamentarisch ist also jetzt die Lage so, daß die Mehrheit des Reichstages, wenn auch aus verschiedenen Gründen, zu dem Kabinett nicht mehr das Vertrauen hat, das zur Weiterführung der Geschäfte nach der Verfassung notwendig ist. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß diese Tatsache bei den Abstimmungen auch klar zum Ausdruck kommt. Vielmehr ist im vorliegenden Fall das Gegenteil anzunehmen und es ist nicht ausgeschlossen, daß ähnliche Mißtrauensvoten, mit Ausnahme von den Kommunisten, nur von den antragstellenden Fraktionen unterstützt werden. Im günstigsten Fall für Stresemann könnte dann eintreten, daß die deutschnationalen, die Volks- und die Sozialdemokratischen Fraktionen bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag sich der Stimme enthalten und damit die Stimmen der Arbeitsgemeinschaft gegen die der Sozialdemokraten und Kommunisten ins Gewicht fallen. Sind auf beiden Seiten alle Abgeordneten anwesend, dann dürfte nach der zahlenmäßigen Stärke gesehen, unser Mißtrauensantrag fallen.

Vielleicht aber erfährt diese komplizierte Lage eine gewisse Klärung dadurch, daß Stresemann von vornherein die Vertrauensfrage stellt, und damit die Abstimmung über die einzelnen Mißtrauensvoten überflüssig macht. Er hat wenigstens eine derartige Absicht noch am Donnerstag geäußert, wobei er dahingestellt sein lassen, ob die Arbeitsgemeinschaft bereit ist, ein Vertrauensvotum einzubringen. Angeblich will aber Stresemann, auch im günstigsten Falle, also wenn die Ablehnung unseres Antrages infolge der Stimmenenthaltung der bürgerlichen Oppositionsparteien erfolgt, aus der Einreichung der drei Mißtrauensanträge nach erfolgter Abstimmung die Konsequenzen ziehen, obwohl im Jahre 1922, unter der Kanzlerschaft von Wirth, ebenfalls mehrere Fraktionen je einen eigenen Mißtrauensantrag einbrachten und insgesamt die Mehrheit im Parlament hatten, ohne daß infolge der Einzelabstimmungen die Koalitionsparteien aus dieser Lage glaubten, die Konsequenzen ziehen zu müssen, und ohne daß Dr. Wirth zurücktrat.

Stresemanns Verteidigung.

Der Reichstag war gestern durch ein scharfes Polizeiaufgebot geschützt; es wurde eine strenge Kontrolle geübt. Abg. Kemmle verfuhr mehrfach, das Reichstagsgebäude zu betreten; ihm wurde der Eintritt verweigert. Das Haus ist fast besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Brüderer eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß Abg. Kemmle für die Dauer von 20 Sitzungstagen ausgeschlossen ist und daß er vor den schärfsten Bestimmungen der Geschäftsordnung Gebrauch machen werde gegen solche Abgeordnete, die durch andauerndes Schreien, fortgesetzte Unterbrechungen oder Gewalttätigkeiten die Amtshandlung des Präsidenten oder die Redner stören. Darauf erteilt er das Wort dem Reichstagspräsidenten Dr. Stresemann:

Die Reichstagsversammlung weicht der Entscheidung des Parlaments nicht aus, sondern sie läßt diese Entscheidung, sobald als möglich herbeiführen, da das Land, die Regierung und das Parlament vor klare Verhältnisse gestellt werden müssen. Schlimmeres an Unertlichkeit hat keine Politik je mit sich gebracht, als die Politik, deren Träger bis zur Gegenwart der französische Ministerpräsident ist. Dieser hat kürzlich die Verantwortung der deutschen Reichsregierung auf die radikalen Tendenzen namentlich nationalsozialistischer Art in Deutschland gelenkt. Es wäre nicht, irgendwie können wir wollen, daß die Entwicklung in Deutschland dem Extrem zuzuführen. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen offensichtlich klar. Der französische Ministerpräsident und die französische Politik haben es in der Hand, der Entwicklung zum Extrem und zum Radikalismus in Deutschland den Boden zu bereiten. (Zu-

stimmung.) Das Elend treibt die Menschen zum Extrem. Des Kommunismus zieht seine stärksten Stützen aus dem sozialen Elend, der Rechtsradikalismus aus den fortgesetzten nationalen Demütigungen, denen das deutsche Reich und jede deutsche Regierung unbeschadet ihrer parteipolitischen Einstellung bisher ausgesetzt gewesen ist. (Sehr wahr!) Wenn man in Frankreich etwa das Empfinden hat, daß das konstitutionelle Leben in Deutschland in der Ausübung begriffen sei und daß Deutschland sich dem Radikalismus in die Arme wirft, so liegen die Grundlagen dieser Entwicklung in der Politik, die von außen gegen uns getrieben worden ist (Sehr wahr!), auf deren Wegtritte die einzelnen Schichten der wirtschaftlichen und sozialen Bevölkerung Deutschlands getrieben sind. (Wem bei den Kommunisten; Präsident Brüderer dankt Abg. Hülsmann.)

Die innere Lage — ich gebe davon dem Abg. Herz vollkommen recht — ist hoffnungslos. Ich bemerke in aller Offenheit: ich sehe auch keinen Weg, vorläufig diese trostlose Lage zu bessern. Außenpolitisch kann man mit vollem Recht die Frage stellen: Warum habt ihr mit Frankreich zu verhandeln gehaut? Aber auch wenn man sich der Ausichtslosigkeit der Verhandlungen bewußt gewesen ist, hätte man den Versuch zum Verhandeln machen müssen. (Zustimmung.) Nein und nicht sind wir zu beweisen, als daß man nicht das letzte an Verhandlungsmöglichkeit hätte erschöpfen müssen. (Zustimmung.) Bei der Aufgabe des passiven Widerstandes habe ich der großen Gefahr darüber Erwägung gegeben, ob diese Aufgabe des Widerstandes die Wirkung im Ruhrgebiet wieder in Gang bringen und stützliche Verhältnisse dort schaffen werde. Meine Ansicht hat sich bestätigt. Die Verhandlungen sind vergeblich gewesen und zwar,

weil die idealen und materiellen Kräfte zu schwach waren. Vielleicht war eine Ausnutzung dieser großen, glühenden Begeisterung möglich, solange wir auf der Höhe der idealen und materiellen Leistungsfähigkeit in diesem politischen Widerstande waren. Dieser Zeitpunkt ist verstreut worden. Die Verhandlungen der Regierung haben versucht, das Reparationsproblem zu lösen auf der Grundlage weitgehender deutscher Sachleistungen. Wir boten eine unmittelbare Haftung dieser Sachleistungen für die daraus zu erzielenden Leistungen an. Wir haben den Versuch gemacht, die Sachleistung als Grundlage zu gewinnen zur Erhaltung der deutschen Leistungen. Vielleicht ist dieser Versuch jetzt noch einmal mit Aussicht zu unternehmen in einer erneuten internationalen Sachverständigenkonferenz zur endgültigen Lösung des Reparationsproblems. Die Aufrechterhaltung normaler Beziehungen in der Weltwirtschaft ist nur möglich, wenn Deutschland innerhalb derselben zu atmen und zu leben vermag. Der Versuch der Regierung, zu einer stabilen Währung zu gelangen, ist der beste Beweis dafür, daß Deutschland nicht der Träger eines Dumping-Systems ist, mit dem es andere Länder wiederzukarrieren versucht. Wir müssen versuchen, aus eigener Kraft zu stabilen Währungsverhältnissen zu gelangen.

Infolge der trostlosen Verhältnisse, die sich nunmehr der ganzen Welt aufdrängen, sehen sich alle Völker vor die Notwendigkeit gestellt, die Dinge nicht mehr so weitergehen zu lassen. In diesem Sinne sind wir zu einer neuen diplomatischen Konvention gekommen. Die karitative Leistung anderer Völker für Deutschland kann das Elend der deutschen Gegenwart nicht lösen; aber allen möchte ich herzlichen Dank sagen, die der deutschen Not sich angenommen haben. (Beifall bei der deutschen Seite.) Aber wir sind im wesentlichen auf die eigene Kraft unseres Landes angewiesen.

Bei der Aufgabe des passiven Widerstandes haben wir erwartet, daß zur Herstellung und Inangabelegung des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet Verhandlungen von Regierung zu Regierung stattfinden würden; denn ausdrücklich und offiziell ist erklärt worden, daß 24 Stunden nach Aufgabe des passiven Widerstandes Verhandlungen zwischen den Regierungen über alle Fragen beginnen würden. (Hört! Hört!). Dann stellte man aber plötzlich die Fiktion auf, der passive Widerstand sei gar nicht aufgegeben, weil wir die Beamten und Arbeitslosen noch drei Monate weiter unterwürfen. Es war selbstverständlich, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes nicht gleichbedeutend sein konnte mit dem Aufgeben finanzieller Hilfe für das besetzte Gebiet. Für den großen Wirtswort, der eingetreten ist, sind in erster Linie diejenigen verantwortlich, die es abgelehnt haben, über eine Regelung mit denjenigen zu verhandeln, die an erster Stelle herauf sind, durch ihre Verwaltung die Dinge in Ordnung zu bringen. Wir haben die Verhandlungen verlangt; wir sind aber damit bis heute nicht durchgekommen. (Lebhaftes Hört!) Das ist ein Skandal in den Beziehungen der Völker. (Stürmische Zustimmung.) Da man die Regierung ausnahmsweise, mußte sie einzelne Teile der Bevölkerung beauftragen, ihrerseits Verhandlungen zu beginnen. Ich bin gern bereit, diese ganzen Verhandlungen in einem Verhältnis mit allen Protokollen dem Reichstag zur Verfügung zu stellen. Für die Paragrafierung der Verträge hat die Frage der Arbeitszeit gar keine Rolle gespielt. Für die Regelung der Arbeitszeit gelten nur die deutschen Gesetze. Bei den Verhandlungen haben wir uns bereit erklärt, trotzdem die Reparationsleistungen zu zahlen, die Garantie zu übernehmen für die Kohlenlieferungen der Industrie an Frankreich und Belgien und für die Zahlung der Kohlensteuer. Diese Leistungen sollten erfolgen nach Sanierung der Reichsfinanzen; gewisse Steuern sollten angerechnet werden. Wir hätten uns, obwohl wir ein Moratorium und eine internationale Anleihe brauchen, doch moralisch verpflichtet, das wirtschaftliche Leben im Ruhrgebiet wieder in Gang zu bringen. Aber es war unmöglich, durch eine Unterzeichnung der Reichsregierung auch noch den Ruhrstreik zu legalisieren. Wenn ich amerikanische Hilfe, die die Kohlenlieferungen nicht auf Reparationskonten, sondern auf Bezahlung des Ruhrstreiks angerechnet werden sollten, dann hätte ich den Ruhrstreik legalisiert. (Sehr wahr!) Eine solche Erklärung der deutschen Regierung wäre auch eine Illusion gegenüber den anderen alliierten Mächten.

Aber ist die deutsche Politik bei den gegenwärtigen Verhältnissen vielfach zu einem Objekt der Währungsentscheidung geworden. Wir müssen den Grad zu balancieren suchen, sonst können wir keine Währung erzielen. Vielleicht müssen wir mit Brutalität gegenüber dem Einzelnen vorgehen; aber hier handelt es sich darum, den Staat zu erhalten. Gegenüber der Menschheit sind wir verpflichtet, unsere Kredite zu begründen. Denn die Rentenbank ist ihrerseits verantwortlich für die von ihr ausgegebenen Rentenbriefe. Es ist notwendig, daß eine baldige Lösung der Arbeitszeitfrage eintritt; ohne eine solche Lösung ist die Sanierung unserer Wirtschaft überhaupt undenkbar. (Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien; Unruhe links.) Eine Erhöhung der Arbeitszeit muß die Zahl der Arbeitslosen nicht unbedingt vermehren. Es kommt vielmehr darauf an, ob die Unternehmungen auch Aufträge erhalten und im Zustande des Expansions stehen, daß die Produktivität der Wirtschaft wieder erhebt. (Sehr wahr; rechts Unruhe links.) Im Ruhrgebiet herrscht keine volkswirtschaftliche Arbeitslosigkeit. Wenn man es so hindert, als ob eine Restentwicklung der Reichsregierung eingetreten ist, leidet die Sozialdemokratie aus ihr ausgeschieden sind und Herr Jarres gekommen ist, so darf ich auf ein Hinweis, daß die deutsche

Reichsregierung bei ihren Maßnahmen die volle Unterstützung des preussischen Staatsministeriums gehabt hat. In dem Augenblick, wo nicht eine politisch erzwungene Arbeitslosigkeit dauernd an Rhein und Ruhr bestehen bleibt, ist die selbstverständliche Folge auch die gleiche Behandlung von Rhein und Ruhr.

Es gibt wohl niemand, der nicht mit tiefer Bekürperung die Vorgänge beklagt hat, die sich am 7. und 8. November in München abspielten. Der Abg. Hergt stellte nur fest die Reichsregierung sei schuld, sie habe die Explosion herbeigeführt. Das erste Erfordernis für eine Reichsregierung ist doch Autorität nach innen; daran mag es uns fehlen, aber sozial Autorität wie die verfassungsmäßige Regierung in Bayern haben wir auch gehabt. (Großes Gelächter.) Die Maßnahmen, die die Reichsregierung am Abend des 8. November getroffen hat, sind ganz klar und eindeutig gewesen. Wir hatten alle Verantwortung, die verfassungsmäßige Regierung in Bayern zu führen. Es wäre politisch falsch gewesen, in die Auseinandersetzungen zwischen den Verantwortlichen am Platze eingreifen zu wollen. Die Vorgänge in München haben eine bemerkenswerte Wirkung für die Stimmung im besetzten Gebiet gehabt. Ohne den Rücktritt der Regierung am Abend des 9. November wären die Vorgänge in München wahrscheinlich nicht auf München beschränkt geblieben. Die Autorität der Reichswehr darf nicht geschwächt werden; Zweifel an der Verfassungstreue der Reichswehr sind unbegründet. Die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich bedürfen der Rückkehr zu verfassungsmäßigen Verhältnissen und der Unterstellung der Reichswehr unter die Verfassung. Dieser Gedanke hat sich auch in weiten Kreisen Bayerns schon durchgesetzt. Innerhalb der Reichsregierung haben bereits Besprechungen stattgefunden, inwieweit eine Veränderung der jetzigen Verfassung gegenüber den Bayern möglich ist. Es wird so hingestellt, als ob in Sachen der idealen Ruhe gehandelt habe bis zum Eintritte der Reichswehr. Vom ersten Tage meiner Reichsministerkandidatur an habe ich wiederholt Veranlassung gehabt, den damaligen Ministerpräsidenten Dr. Jäger zu hingerufen auf die Terrorakte gegen das deutsche Bürgerum in Sachsen. Die Entsendung der Reichswehr wäre nicht erfolgt, wenn man nicht von ihrer Notwendigkeit überzeugt gewesen wäre. Ein militärischer Befehl ist bereits ergangen, der sich gegen irgendwelche Verträge gegen die Gewerkschaften und gegen Willkür verwehrt. Münde dauerlichen Vorwände können wir überhaupt nicht erheben, wenn nicht die kommunistische Agitation in Sachsen so heraufgerufen hätte. (Großes Groll bei den Kommunisten.) Durch die kommunistische Reichswehrzentrale ist in unerhörter Weise gegen die Reichswehr gehandelt worden.

Die Vertreter der Arbeiterparteien haben mir auch die Frage vorgelegt, ob der Reichsausschuss sich in den letzten Tagen des Reiches nicht durch den jählichen Ausnahmestand ersetzt werden konnte. Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten habe ich mich grundsätzlich zur Aufhebung des Reichsausschusses bereit erklärt, sobald die Verhältnisse es gestatten würden. Die Aufhebung des Reichsausschusses kann meiner Meinung nach erfolgen in den Gebieten, in denen Ruhe herrscht und die Gewähr der Aufrechterhaltung dieser Ruhe gegeben ist.

Mit der Ausgabe verbleibenden Geldes mußte unbedingt so lange gehandelt werden, bis die größten Ausgaben für das besetzte Gebiet erledigt und beendet waren; sonst würde das verbleibende Geld schon ungenügend lange wertbewahrend erhalten können. Die Schaffung einer Zwischenvährung ist unbedingt nötig gewesen. Die Reichsfinanzverwaltung und das Arbeitszeitgesetz müssen in ganz kurzer Zeit verabschiedet werden. Das Reich braucht ausländische Kredite. Was in der Presse steht von Verhandlungen mit amerikanischen Finanziers usw. ist offiziell an die Reichsregierung nicht gekommen. Hingegen das Anerkennen des Vorstehens des Reichsgründungsverbandes, einen Kredit von mindestens einer Milliarde Goldmark zur Beschaffung von Lebensmitteln zu geben, allerdings unter der Voraussetzung einer Gewähr für die Schaffung einer stabilen Währung.

Der Abgeordnete Hergt hat am Schluß seiner vorgelegten Rede erklärt, der Entwurf des Gehaltens der großen Koalition mühe mir ihr Leben und fallen in diesem Zusammenhang von der Verantwortung gesprochen. Ich habe keine Verantwortung, dieser Erklärung auszusprechen. Nach dem verlorenen Kriege und dem verlorenen Frieden sind wir aber erst jetzt in die Liquidation des verlorenen Krieges eingetreten; jahrelang haben wir uns über die Folgen geäußert, jetzt erst haben wir sie in ihrer ganzen Härte vor uns. Die Politik Frankreichs will das deutsche Volk für ewige Zeiten zum Dienstdienst verurteilen. Demgegenüber gibt es nur eine Sache, die Solidarität, das einzige Mittel einer richtigen Augenpolitik. Die Deutsche Volkspartei würde sich nicht scheuen und ihrer Bestimmung untreu werden, wenn sie eine Entzweiung mitmachen wollte, die grundsätzlich zwischen nationalen und internationalen Parteien untergründet. Nicht Nationalisten, nicht Gegenrevolution, sondern Evolution und Zusammenfassung aller Kräfte müssen die großen Gedanken sein, die uns leiten. Ich spreche das Bedauern aus, daß die große Koalition auseinandergebrochen ist, und zwar in Uebereinstimmung mit Herrn v. Raab, der, als er dazwischen Ministerpräsident wurde, auch das Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß es ihm nicht gelungen sei, die Sozialdemokratie zur Mitarbeit zu bringen. (Hört! Hört! und Heiterkeit.) Das parlamentarische System macht in Deutschland alle Kinderkrankheiten durch; es läßt sich aber die ganze deutsche Entwicklung. Wenn die Konzern- und Traubildungen so weitergehen, werden die Personalitäten immer geringer werden. Wir sind die Parteien als Träger des Idealismus noch lieber als wirtschaftliche Inter-

essendvertreter. (Sehr wahr!) Wenn auch die politischen Kämpfe gefährlich sind, so entscheiden letzten Endes immer die Ideen der Parteien und nicht die aktuellen Tagesfragen, sondern die Idee. Der Sozialismus wäre in Deutschland nie so groß geworden, wenn das Bürgerum seiner Idee eine andere große Idee entgegen gestellt hätte. (Sehr wahr!) Wir meinen, daß zurzeit mehr ein Parlamentarismus besteht als eine Nationalpartei. Denn die Erziehung eines Kabinetts durch ein Parlament ist doch nur ein Mittel, das Vertrauen zu den Verantwortlichen da sind, die sagen: „Nimm dein Leben, ich bin dir dankbar.“ (Bewegung.) Sie haben das Recht, die Politik der Arbeit zu sprechen. Schließlich ist es ein Fehler, uns allein entscheiden, das ist unser Gewissen. Wir dürfen die Entscheidung in der Überzeugung und in der Gewissheit, daß unsere Pflicht gegenüber dem Lande getan haben. (Beifall bei den Demokraten.) Händelstücken auf der Tribüne, das den Gedanken zu einer Klage veranlaßt.

Inzwischen ist folgender Antrag der Deutschen Nationalpartei eingegangen: Der Reichstag entsieht der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 64 der Reichsverfassung bedürftig ist.

Reichsfinanzminister Dr. Fritzsche: Ich habe die ungeheure Finanznot des Reiches, die äußerster Sparmaßnahme bedarf. Die Stilllegung der Reichsregierung unter dem Druck der Tatsache gesehen, daß die Reichsregierung ihren letzten Lebenshauch abgegeben hat. Wenn es nicht möglich ist, die Ausgaben herabzusetzen und die Einnahmen zu erhöhen, so gibt es für das deutsche Volk keine Lebensmöglichkeit mehr. Ich meine energische Steuerpolitik auf Grund des Artikels 64 der Reichsverfassung muß durchgeführt werden. Die Steuerforderungen werden in keiner Weise niedriger sein als die des Jahres 1920, vorzuziehen ist die Herabsetzung der Steuern bis zum 30. September zu einer allmählichen Herabsetzung der Steuern kommen. Nach dieser Angelegenheit einer fortgeschrittenen Stabilisierung und Geldes bemerkbar sind, werden wir mit äußerster Energie die Herabsetzung der Geldmarktpreise vorsehen.

Abg. Dr. Marx (Ztr.): Versteht hierauf eine Entzweiung der Reichsregierung. Aus vaterländischen Gründen werde ich Zentrum hinter die Regierung Stresemann stellen, trotz aller denken innerpolitischer Art. In der Außenpolitik wird das Zentrum durch die Haltung des Kaplers. Es dürfte auch vorgehen gegen Sachen und Thüringen und erwarde, daß das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich in verfassungsmäßige Bahnen gelenkt wird.

Abg. Dr. Scholz (DVP): Meine Fraktion billigt die Klärung der Regierung über die besetzten Gebiete vollst. Das ist nach unserer Überzeugung durchaus richtig. Der Wille der Regierung nicht entgegen. Die Deutsche Volkspartei wird jedem Versuch, die gegenwärtige Regierung zu befechtigen, aufs schärfste widersteht. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. v. Graefe (DVP): Die jetzige Regierung darf es nicht in Schönheit zu sterben. Zum Parlamentarismus dieser Regierung haben gerade die gefährlichen Stände und Wirtschaft kein Vertrauen. Der Reichsfinanzminister irrt sich, wenn er meint, die Nationalsozialisten, für Reichsminister zu sein, will unter ultramontanem Einfluß ein römischer deutscher Nation unter Mittelsbücherei Kaisertrone (Hört! links). Die Nationalsozialisten sind das nächste Gegenüber gegen die separatistischen Bestrebungen der Herren v. Raab, Kollom.

Thüringischer Ministerpräsident Frölich: In keinem Land der Welt hat soviel Ruhe geherrscht, wie in Thüringen (Beifall rechts). Wir sind der Auffassung, daß Nichtregierungsminister unterer Landespolitik nichts zu suchen haben (Unruhe rechts). Die Reichswehr sollte in Thüringen einrücken zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände an der bairisch-thüringischen Grenze. Leider haben aber diejenigen Recht behalten, die dachten, der Einmarsch würde sich gegen Thüringen. Die Reichswehr kehrt in Thüringen das Verfassungs-Koalitionsrecht; sie greift mit rauher Hand in die Verwaltung des Wirtschaftslebens ein. Sie nimmt Hausaufgaben von der Regierung ohne jede Begründung vor. Bis jetzt sind der thüringischen Regierung die versprochenen Unterlagen den Verdacht des Bestehens bewaffneter Sonderorganisationen zugegangen. Der Reichswehrgeneral hat die gestellten für die hängenden Bergdörfer von der thüringischen Staatsbank angeschafften Lebensmittelverteilung beschränkt. Auf Grund schmachvoller Demütigungen werden Gewerkschaftsbeamte in Sachhausenhaft genommen. Monatlange Schwerkraft trifft vor allem auf die Gemeindeführer und Beigeordneten, denen die Wohlhabenspolitik obliegt. Die kommunistische und sozialdemokratische Presse wird verboten; die reichsgerichtete Presse darf ungehindert die Republik schmähen. Der Kampf wird nicht gegen die bairischen, sondern gegen die thüringischen Kampfbünde, und nicht gegen bewaffnete Sonderorganisationen geführt, sondern gegen die Sozialdemokratie, die zuverlässigste Stütze der Republik.

Der Redner führt noch eine ganze Reihe von Mißhandlungen, Verhaftungen und von schweren Übergriffen der Reichswehr an.

Der Kampf am Dover.

Roman von Victor Hugo.

Die Schlacht.

Die geheimnisvollen Mächte hatten den Augenblick gewählt.

Solange die Barke in dem kleinen Hafen untergebracht und die Mächte auf dem Strande gefesselt war, mußte Gilliat unbehindert sein. Die Barke war in Sicherheit, die Mächte unter Schutz; die Klippen, die die Mächte hielten, veranlaßten sie zu langsamer Fortschritt, bewachten sie aber vor einer Ueberfallung. Für alle Fälle blieb für Gilliat kein Zweifel, daß er — wenn die Mächte anrückten — noch die Barke besaß.

In diesem Augenblick aber waren die Mächte, die Barke, und Gilliat zwischen den Felsen vereinigt und bildeten ein Ganzes. Die Barke auf die Klippen gehend, die Mächte auf dem Grund verankert und Gilliat dazwischen, konnte nur das Werk eines einzigen Augenblicks sein. Keine Woge kann kräftiger sein als die, in der Gilliat lag. Die mächtige Spitzung schien ihm ein Kiesel vorzuschieben. Was war das? Gilliat sah auf die Klippe, von der aus er das ganze Meer überblickte. Der Regen war überaus stark. Eine Mauer erhob sich dort. Eine große Wellenmasse, die an einzelnen Stellen die Klippe hinaufschlug, hing langsam am Horizont zum Himmel empor; gerade und senkrecht, ohne eine Öffnung in ihrer ganzen Höhe, ohne einen Winkel auf ihrem Grund, schien sie mit dem Gewölbe überein und nach der Klippe hin zu liegen. Die Welle ging dem Himmel über im überhöhen Süden ganz senkrecht schwebend, so als ob sie ein Kiesel war, ein gefälliges Spielzeug, das bei dem Tadel einer neuen, glatte Oberfläche, gezeichnete Ebene. Die Wellenmasse bewegte sich langsam vor, ohne daß ihr Gewicht auch nur für einen Augenblick durch der hereinbrechenden Dunkelheit zu vermindert wurde. Sie drückte sich langsam an einem Stein an. Die Sonne überstrahlte, doch hinter jeder der nachrückenden Wellen

berogen, ihren ungeheuren Konturen. Es war, als würde sich ein Schattenschein zwischen Himmel und Erde.

Am hellen Tage lag die Nacht heran.

In der Luft herrschte eine Stille. Ein heiserer Windstrom schob sich von jener geheimnisvollen Anhöhe los. Der Himmel war ganz klar gewesen, dann war er geworden, jetzt war er grau wie eine Schieferplatte. Darunter breitete sich das Meer matt und düster, gleich einer zweiten unerschöpflichen Schieferplatte aus. Nicht ein Hauch, nicht eine Woge, nicht ein Laut. So weit das Auge reichte, ein verlassenes Meer. Die Klippen hatten sich gebogen. Man witterte Gefahr in dieser Anemeseinheit.

Das Wellengewölbe nahm beständig zu. Man hätte sie die Kammer des Meeres nennen können. Die Wellen waren wie ein Meer.

Gilliat beobachtete sie jetzt und brumnte dann zwischen den Zähnen: Ich habe Angst, du wirst mir zu trüben geben. Einige Augenblicke lang er andemeglich, das Auge fest auf die Welle gerichtet. Er lächelte den Sturm auszuweichen zu wollen.

Dann lag er seine Klippe aus der Tiefe und legte sie auf. In dem Maße, in dem er so lange geschlafen hatte, verlor er seine Klippe und lag seine Klippe aus der Tiefe und legte sie auf. In dem Maße, in dem er so lange geschlafen hatte, verlor er seine Klippe und lag seine Klippe aus der Tiefe und legte sie auf.

Als er wieder erwachte, sah er die Klippe aus der Tiefe und legte sie auf. In dem Maße, in dem er so lange geschlafen hatte, verlor er seine Klippe und lag seine Klippe aus der Tiefe und legte sie auf.

Die Welle hatte sie in ihrem Steigen lassen erreicht. Der Tag schien zu verfliegen und es keine Stelle trat ein wirres, trübes Licht.

Die Wellenmasse hatte ihr Aussehen verändert. Sie zeigte keine Einheit mehr. Als sie die Sonne berührte, füllte sie sich und überzog sich gelblich den nach rückwärts Teil des Himmels, als ob sie ein Gewölbe schuf. Die Klippe des Sturmes prägte

sich darin aus wie in Lausgraben vor einer Festung. Man konnte die Regenlagen von den Windböen unterscheiden. Es war zwar nicht, aber ein schrecklicher Wüsteneis verdrängte sich.

Nur im Osten hinter Gilliat gab es jetzt eine klare Stelle am Himmel, die sich aber auch allmählich schloß. Ohne daß er einen Luftzug spürte, ging rasch eine merkwürdige Zitterbewegung und Zerstückelung des grauen Geflechens vor sich, als wenn ein Riesennagel hinter jener Mauer der Finsternis federete. Eine Sonne nicht dämmend Schwarz hatte sich gebildet. Sie berührte am äußersten Horizont das Meer und verflüchtete sich dort mit dem Schwarz der Nacht. Etwas Gewichtiges, Stattes und zugleich Aufgerichtetes rüchte heran. Die Dunkelheit nahm beständig zu.

Blötzlich brach ein gewaltiges Donnern los. Man glaubte ein Stück Hausgerät in dem Zimmer eines Meeres herabzurollen zu hören.

Gilliat schloß die Augen. Dem Schläge folgte kein elektrisches Aufleuchten. Es war gleichsam ein jäherer Donner.

Wieder wurde es still. Es verstrich eine Zeit, als wenn die Stellung genommen würde. Dann zuckten langsam nachdenkliche, ungestaltete Woge auf, kumm, ohne den geringsten Beifall. In jedem Woge erstellte sich riesenhaft das All. Die Wellenmasse hatte sich aufs neue umgestaltet. Sie besaß jetzt Bogen und wölbe. Schattenbilder schienen auf ihr hinzugehen. Köpfe und hervor. Lange Hüfte bildeten sich. Elefanten mit Türmen auf den Rücken. In der Mitte, unter dunkelroten Schichten, verrieth unbeweglich ein Gewölbe dichten Nebels, unüberwindlich für elektrischen Funken.

Gilliat schloß plötzlich, daß ihm ein Windstoß durchschlug. Reitere diese Regentropfen zerplagten neben ihm auf dem Meer. Dann ein zweites Zucken des Lichtes und der Wind erlosch.

Das kumme Warten der Wellenmasse hatte seinen Punkt erreicht; der erste Donnersturz ergab nur das Meer, zweite geriet die Welle vor oben bis unten. Es entstand eine Öffnung, aus der sich der ganze, in der Luft schwebende Regen ergoß, so daß sie gleichsam der offene Mund des Regens war.

Der Sturm brach los. Dieser Augenblick war fürchterlich.

(Fortsetzung folgt.)

Staatsbürger an. Unter dieser Militärherrschaft
einem Reichsstaat keine Rede sein. Ich
Zustände vor dem deutschen Reichstag brandmarken.
dies für mich die letzte Möglichkeit geblieben ist, nachdem
Wage bis zur höchsten Stelle, bis zum Reichspräsidenten,
hin. Die Reichswehr hat zu ihrer Auffüllung anti-
ständische Studentenverbindungen in Anspruch genommen.
militärische Ausnahmezustand ist geradezu eine Gefahr für
Republik geworden; er muß mindestens durch den sozialen
Republik werden.

Republik beantragt zur Geschäftsordnung, den Reichs-
wehrgesetz, legt die Tatsachen mitteilen, mit denen
Republik der sachlichen Regierung gerechtfertigt wurde.
Reichswehrminister Dr. Götler: Ich werde erst morgen auf
Anfragen des Ministers Präzise antworten können, wenn
Material eingesehen habe. Den schriftlichen Protest aber lege
die hochverehrte Klugheit des Hrn. v. Graefe ein.
Partei will sehr genau, daß sie alle unfürzlichen Ver-
nur mit Hilfe der Reichswehr machen können.

Republik Ministerpräsident Brüning bringt hierauf zahl-
reichste über grundsätzliche Verhältnisse, Mißhand-
lungen und Auspeitschungen sächsischer Bürger und über Eingriffe
in die sächsischen Landesregierung, die rechtswidrig und
unrechtmäßig sind.

Republik Ministerpräsident Brüning bringt hierauf zahl-
reichste über grundsätzliche Verhältnisse, Mißhand-
lungen und Auspeitschungen sächsischer Bürger und über Eingriffe
in die sächsischen Landesregierung, die rechtswidrig und
unrechtmäßig sind.

Republik Ministerpräsident Brüning bringt hierauf zahl-
reichste über grundsätzliche Verhältnisse, Mißhand-
lungen und Auspeitschungen sächsischer Bürger und über Eingriffe
in die sächsischen Landesregierung, die rechtswidrig und
unrechtmäßig sind.

Republik Ministerpräsident Brüning bringt hierauf zahl-
reichste über grundsätzliche Verhältnisse, Mißhand-
lungen und Auspeitschungen sächsischer Bürger und über Eingriffe
in die sächsischen Landesregierung, die rechtswidrig und
unrechtmäßig sind.

Republik Ministerpräsident Brüning bringt hierauf zahl-
reichste über grundsätzliche Verhältnisse, Mißhand-
lungen und Auspeitschungen sächsischer Bürger und über Eingriffe
in die sächsischen Landesregierung, die rechtswidrig und
unrechtmäßig sind.

Republik Ministerpräsident Brüning bringt hierauf zahl-
reichste über grundsätzliche Verhältnisse, Mißhand-
lungen und Auspeitschungen sächsischer Bürger und über Eingriffe
in die sächsischen Landesregierung, die rechtswidrig und
unrechtmäßig sind.

Republik Ministerpräsident Brüning bringt hierauf zahl-
reichste über grundsätzliche Verhältnisse, Mißhand-
lungen und Auspeitschungen sächsischer Bürger und über Eingriffe
in die sächsischen Landesregierung, die rechtswidrig und
unrechtmäßig sind.

Republik Ministerpräsident Brüning bringt hierauf zahl-
reichste über grundsätzliche Verhältnisse, Mißhand-
lungen und Auspeitschungen sächsischer Bürger und über Eingriffe
in die sächsischen Landesregierung, die rechtswidrig und
unrechtmäßig sind.

Republik Ministerpräsident Brüning bringt hierauf zahl-
reichste über grundsätzliche Verhältnisse, Mißhand-
lungen und Auspeitschungen sächsischer Bürger und über Eingriffe
in die sächsischen Landesregierung, die rechtswidrig und
unrechtmäßig sind.

Republik Ministerpräsident Brüning bringt hierauf zahl-
reichste über grundsätzliche Verhältnisse, Mißhand-
lungen und Auspeitschungen sächsischer Bürger und über Eingriffe
in die sächsischen Landesregierung, die rechtswidrig und
unrechtmäßig sind.

Republik Ministerpräsident Brüning bringt hierauf zahl-
reichste über grundsätzliche Verhältnisse, Mißhand-
lungen und Auspeitschungen sächsischer Bürger und über Eingriffe
in die sächsischen Landesregierung, die rechtswidrig und
unrechtmäßig sind.

Republik Ministerpräsident Brüning bringt hierauf zahl-
reichste über grundsätzliche Verhältnisse, Mißhand-
lungen und Auspeitschungen sächsischer Bürger und über Eingriffe
in die sächsischen Landesregierung, die rechtswidrig und
unrechtmäßig sind.

Republik Ministerpräsident Brüning bringt hierauf zahl-
reichste über grundsätzliche Verhältnisse, Mißhand-
lungen und Auspeitschungen sächsischer Bürger und über Eingriffe
in die sächsischen Landesregierung, die rechtswidrig und
unrechtmäßig sind.

ungeheuren Transportkosten für die Wehrmacht, die
Löhne, Herr Stresemann ist besser, der Militärherrschaft ein
Gedanke zu machen und die Milliardenausgaben für die von der
Reichswehr angekauften Gütern des Gewerbetreibenden und Sozial-
rentnern im Ruhrgebiet zuzumachen zu lassen. Damit wäre nicht
nur einem Teil der Wehrmacht unter den Armen gebietet, sondern
auch der Aufrichterhaltung von Ruhe und Ordnung in
Deutschland.

Der Reichsrat
überwies am Donnerstag eine Mitteilung der Regierung über
die Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge an die
Ausschüsse. Der Vertreter Sachsens legte Protest ein, weil die
Bestimmung, nach der die Familienzuschläge nicht mehr betragen
dürfen als die Hauptunterstützungen, eine Verschärfung bedeutet.
Genehmigt wurde die Verordnung, die Gebühren im Post-,
Postfach-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr
auf werbefähige Grundlage zu stellen. Die Grundgebühr wird
in Zukunft mit dem Goldindex für Reichsteuer multipliziert. Die
Tabelle schließen sich im wesentlichen den Friedensstarifen an. Fern-
posttarifen und Briefe kosten 5 bzw. 10 Pfennige, Telegramme
werden nach Worten berechnet und zwar werden mindestens acht
Worte in Anrechnung gebracht. Die Umstellung des Postfach-
verkehrs auf Rentenmark wird genehmigt. Der Ueberweisungs-
verkehr auf Papiermark-Grundlagen fällt weg. Die Umstellung soll
Anfang Dezember und nur unter Zustimmung des Währungs-
kommissars erfolgen. Die Guthaben, die in Zukunft zum mindesten
5 Rentenmark hoch sein müssen, werden in Rentenmark um-
gerechnet.

**Die Ingenieurkommission läßt keine Kohle
nach Holland und der Schweiz.**
Die Ingenieurkommission hat bei Androhung schwerster
Strafen die Kohlenlieferungen nach dem neutralen Zustande
untersagt. In Frage kommen die Lieferungen nach der Schweiz
gemäß dem Brest-Vertrag und die nach Holland, wofür Deutsch-
land zur Abgeltung des uns gewährten 50 Millionen Gulden-
Kredits monatlich 90-100 000 Tonnen auszuführen hat. Fran-
zösisch hat seit der Ruhrbesetzung des östlichen die Erfüllung dieser
Verträge verboten, jedoch haben die Schweizerische und die hol-
ländische Regierung immer wieder die Freigabe der Liefer-
ungen durchgesetzt. Im Zusammenhang mit dem erlassenen
Verbot hat die Regie die Ausfuhrprohibe nach Holland beschlagnahm.

Reparationsstohle für Italien.
Die Reichsregierung sah sich bekanntlich aus finanziellen
Gründen gezwungen, auch die Bezahlung für die italienische
Reparationsstohle einzustellen. Im November standen aus Reichs-
mitteln noch Gelder zur Verfügung, um 110 000 Tonnen Eisen zu
führen. Nach Abtransport dieser Mengen trat eine Störung der
Abfuhr ein. Nach langen Verhandlungen haben sich am
Donnerstag die Herren Blumenthal 1, 2 und 5 bereit erklärt, die
Wiederabnahme der Lieferungen für Italien auf Reparations-
konto durchzuführen. Die genannten Herren gehören der halb-
staatlichen Sibiria-Gesellschaft an.

Breslau (Land)-Neumarkt.
Klein-Königsberg, Genosse Karl Eich feiert am 28. No-
vember mit seiner Frau die Silberhochzeit und ist gleichzeitig
25 Jahre Leiter der Volkswacht. Viel Glück für weitere 25 Jahre.

Aus Schlesien.
Zum kommissarischen Landrat in Neurode
wurde Abgeordneter Genosse Franz ernannt. Der frühere Land-
rat, Genosse Dr. Nagel, wurde Regierungsrat bei der Regierung
Oppeln.

Die Reichswehr in Sachsen.
Das Wehrkreiskommando IV in Dresden hat am Mittwoch
Dresdener Volkszeitung" auf zehn Tage verboten. Das
Verbot wird mit der Wiedergabe von Ausfertigungen der ver-
zerrten zurzeit in Sachsen stationierten Truppenteile begründet.
Militärzeitung bedeutet die Unterdrückung der "Volkszeitung"
in anderen als die gewalttätige Verhinderung zur Feststellung
weiterer Tatsachen. Als solche und nicht als Umwehrheiten
die Veröffentlichungen unseres Dresdener Parteiblattes zu
sehen. General Müller hat in einem Befehl, auf den
anderem auch der Reichsstadler am Donnerstag Bezug
nimmt, selbst zugegeben, daß Mißverhältnisse erfolgt
ist. Die von ihm aus diesem Grunde erlassene Anordnung
folgenden Wortlaut:
"Es sind in letzter Zeit eine Reihe von Fällen gemeldet
worden, bei denen Festnahmen durch die Truppe nur auf Grund
unrichtiger und ungesicherter Angaben erfolgt sind.
Infolge davon waren häufige Mißgriffe. Ich muß von der
Truppe fordern, daß sie bei allen Festnahmen, wenn es auch
den meisten Fällen nicht vorher erfolgen kann, so doch
möglichst im Anschluß daran durch Befragen der örtlichen
Bürger und Polizei die Richtigkeit der Angaben, die zur
Festnahme geführt haben, nachgeprüft und damit ohne
zweifelnden Grund festgenommene sofort wieder auf freien Fuß
gelassen werden können.
Fürner sind zu meinem Bedauern Fälle ganz un-
angenehm behandelungen und schwerer Mißhand-
lungen von festgenommenen zu meiner Kenntnis gelangt.
Ich muß von einer geringen Disziplin der Truppe, wenn der-
falls, das Ansehen der Reichswehr auf das schwerste
schädigende Zustände einwirken, trotzdem ich in meinem Tages-
befehl vom 29. Oktober ausdrücklich auf ein würdevolles Verhalten
einzelnen Reichswehrsoldaten hingewiesen habe. Ein
solches Verhalten erwidert mir nicht nur die Durchführung
meiner Aufgabe, sondern stellt ihre Lösung geradezu in Frage.
Ich bitte die Kommandeure, diese meine Ansicht allen
untergeordneten Truppen unverzüglich zur Kenntnis zu bringen
und durch schnelle Befehle dafür Sorge zu tragen, daß in Zu-
kunft Wiederholungen ausgeschlossen sind.
Die von mir angeordnete Untersuchung der mit gemeldeten
Fällen ist mit aller Strenge durchzuführen. Die Schuldigen
sind zu bestrafen."
Dieser Befehl bestätigt nicht nur die Berechtigung der von
Republikdemokratie gegen die in Sachsen erfolgte Ausübung der
Republikdemokratie erhobenen Beschwerden, sondern ist auch ein
starker Beweis dafür, daß es höchste Zeit ist, den militärischen
Ausnahmestand aufzuheben. Dabei erkennen wir gern an, daß
"unmündigen Mißhandlungen" die Billigung des Generals
nicht finden.

Die Reichswehr in Sachsen.
Das Wehrkreiskommando IV in Dresden hat am Mittwoch
Dresdener Volkszeitung" auf zehn Tage verboten. Das
Verbot wird mit der Wiedergabe von Ausfertigungen der ver-
zerrten zurzeit in Sachsen stationierten Truppenteile begründet.
Militärzeitung bedeutet die Unterdrückung der "Volkszeitung"
in anderen als die gewalttätige Verhinderung zur Feststellung
weiterer Tatsachen. Als solche und nicht als Umwehrheiten
die Veröffentlichungen unseres Dresdener Parteiblattes zu
sehen. General Müller hat in einem Befehl, auf den
anderem auch der Reichsstadler am Donnerstag Bezug
nimmt, selbst zugegeben, daß Mißverhältnisse erfolgt
ist. Die von ihm aus diesem Grunde erlassene Anordnung
folgenden Wortlaut:
"Es sind in letzter Zeit eine Reihe von Fällen gemeldet
worden, bei denen Festnahmen durch die Truppe nur auf Grund
unrichtiger und ungesicherter Angaben erfolgt sind.
Infolge davon waren häufige Mißgriffe. Ich muß von der
Truppe fordern, daß sie bei allen Festnahmen, wenn es auch
den meisten Fällen nicht vorher erfolgen kann, so doch
möglichst im Anschluß daran durch Befragen der örtlichen
Bürger und Polizei die Richtigkeit der Angaben, die zur
Festnahme geführt haben, nachgeprüft und damit ohne
zweifelnden Grund festgenommene sofort wieder auf freien Fuß
gelassen werden können.
Fürner sind zu meinem Bedauern Fälle ganz un-
angenehm behandelungen und schwerer Mißhand-
lungen von festgenommenen zu meiner Kenntnis gelangt.
Ich muß von einer geringen Disziplin der Truppe, wenn der-
falls, das Ansehen der Reichswehr auf das schwerste
schädigende Zustände einwirken, trotzdem ich in meinem Tages-
befehl vom 29. Oktober ausdrücklich auf ein würdevolles Verhalten
einzelnen Reichswehrsoldaten hingewiesen habe. Ein
solches Verhalten erwidert mir nicht nur die Durchführung
meiner Aufgabe, sondern stellt ihre Lösung geradezu in Frage.
Ich bitte die Kommandeure, diese meine Ansicht allen
untergeordneten Truppen unverzüglich zur Kenntnis zu bringen
und durch schnelle Befehle dafür Sorge zu tragen, daß in Zu-
kunft Wiederholungen ausgeschlossen sind.
Die von mir angeordnete Untersuchung der mit gemeldeten
Fällen ist mit aller Strenge durchzuführen. Die Schuldigen
sind zu bestrafen."
Dieser Befehl bestätigt nicht nur die Berechtigung der von
Republikdemokratie gegen die in Sachsen erfolgte Ausübung der
Republikdemokratie erhobenen Beschwerden, sondern ist auch ein
starker Beweis dafür, daß es höchste Zeit ist, den militärischen
Ausnahmestand aufzuheben. Dabei erkennen wir gern an, daß
"unmündigen Mißhandlungen" die Billigung des Generals
nicht finden.

Die Reichswehr in Sachsen.
Das Wehrkreiskommando IV in Dresden hat am Mittwoch
Dresdener Volkszeitung" auf zehn Tage verboten. Das
Verbot wird mit der Wiedergabe von Ausfertigungen der ver-
zerrten zurzeit in Sachsen stationierten Truppenteile begründet.
Militärzeitung bedeutet die Unterdrückung der "Volkszeitung"
in anderen als die gewalttätige Verhinderung zur Feststellung
weiterer Tatsachen. Als solche und nicht als Umwehrheiten
die Veröffentlichungen unseres Dresdener Parteiblattes zu
sehen. General Müller hat in einem Befehl, auf den
anderem auch der Reichsstadler am Donnerstag Bezug
nimmt, selbst zugegeben, daß Mißverhältnisse erfolgt
ist. Die von ihm aus diesem Grunde erlassene Anordnung
folgenden Wortlaut:
"Es sind in letzter Zeit eine Reihe von Fällen gemeldet
worden, bei denen Festnahmen durch die Truppe nur auf Grund
unrichtiger und ungesicherter Angaben erfolgt sind.
Infolge davon waren häufige Mißgriffe. Ich muß von der
Truppe fordern, daß sie bei allen Festnahmen, wenn es auch
den meisten Fällen nicht vorher erfolgen kann, so doch
möglichst im Anschluß daran durch Befragen der örtlichen
Bürger und Polizei die Richtigkeit der Angaben, die zur
Festnahme geführt haben, nachgeprüft und damit ohne
zweifelnden Grund festgenommene sofort wieder auf freien Fuß
gelassen werden können.
Fürner sind zu meinem Bedauern Fälle ganz un-
angenehm behandelungen und schwerer Mißhand-
lungen von festgenommenen zu meiner Kenntnis gelangt.
Ich muß von einer geringen Disziplin der Truppe, wenn der-
falls, das Ansehen der Reichswehr auf das schwerste
schädigende Zustände einwirken, trotzdem ich in meinem Tages-
befehl vom 29. Oktober ausdrücklich auf ein würdevolles Verhalten
einzelnen Reichswehrsoldaten hingewiesen habe. Ein
solches Verhalten erwidert mir nicht nur die Durchführung
meiner Aufgabe, sondern stellt ihre Lösung geradezu in Frage.
Ich bitte die Kommandeure, diese meine Ansicht allen
untergeordneten Truppen unverzüglich zur Kenntnis zu bringen
und durch schnelle Befehle dafür Sorge zu tragen, daß in Zu-
kunft Wiederholungen ausgeschlossen sind.
Die von mir angeordnete Untersuchung der mit gemeldeten
Fällen ist mit aller Strenge durchzuführen. Die Schuldigen
sind zu bestrafen."
Dieser Befehl bestätigt nicht nur die Berechtigung der von
Republikdemokratie gegen die in Sachsen erfolgte Ausübung der
Republikdemokratie erhobenen Beschwerden, sondern ist auch ein
starker Beweis dafür, daß es höchste Zeit ist, den militärischen
Ausnahmestand aufzuheben. Dabei erkennen wir gern an, daß
"unmündigen Mißhandlungen" die Billigung des Generals
nicht finden.

Die Reichswehr in Sachsen.
Das Wehrkreiskommando IV in Dresden hat am Mittwoch
Dresdener Volkszeitung" auf zehn Tage verboten. Das
Verbot wird mit der Wiedergabe von Ausfertigungen der ver-
zerrten zurzeit in Sachsen stationierten Truppenteile begründet.
Militärzeitung bedeutet die Unterdrückung der "Volkszeitung"
in anderen als die gewalttätige Verhinderung zur Feststellung
weiterer Tatsachen. Als solche und nicht als Umwehrheiten
die Veröffentlichungen unseres Dresdener Parteiblattes zu
sehen. General Müller hat in einem Befehl, auf den
anderem auch der Reichsstadler am Donnerstag Bezug
nimmt, selbst zugegeben, daß Mißverhältnisse erfolgt
ist. Die von ihm aus diesem Grunde erlassene Anordnung
folgenden Wortlaut:
"Es sind in letzter Zeit eine Reihe von Fällen gemeldet
worden, bei denen Festnahmen durch die Truppe nur auf Grund
unrichtiger und ungesicherter Angaben erfolgt sind.
Infolge davon waren häufige Mißgriffe. Ich muß von der
Truppe fordern, daß sie bei allen Festnahmen, wenn es auch
den meisten Fällen nicht vorher erfolgen kann, so doch
möglichst im Anschluß daran durch Befragen der örtlichen
Bürger und Polizei die Richtigkeit der Angaben, die zur
Festnahme geführt haben, nachgeprüft und damit ohne
zweifelnden Grund festgenommene sofort wieder auf freien Fuß
gelassen werden können.
Fürner sind zu meinem Bedauern Fälle ganz un-
angenehm behandelungen und schwerer Mißhand-
lungen von festgenommenen zu meiner Kenntnis gelangt.
Ich muß von einer geringen Disziplin der Truppe, wenn der-
falls, das Ansehen der Reichswehr auf das schwerste
schädigende Zustände einwirken, trotzdem ich in meinem Tages-
befehl vom 29. Oktober ausdrücklich auf ein würdevolles Verhalten
einzelnen Reichswehrsoldaten hingewiesen habe. Ein
solches Verhalten erwidert mir nicht nur die Durchführung
meiner Aufgabe, sondern stellt ihre Lösung geradezu in Frage.
Ich bitte die Kommandeure, diese meine Ansicht allen
untergeordneten Truppen unverzüglich zur Kenntnis zu bringen
und durch schnelle Befehle dafür Sorge zu tragen, daß in Zu-
kunft Wiederholungen ausgeschlossen sind.
Die von mir angeordnete Untersuchung der mit gemeldeten
Fällen ist mit aller Strenge durchzuführen. Die Schuldigen
sind zu bestrafen."
Dieser Befehl bestätigt nicht nur die Berechtigung der von
Republikdemokratie gegen die in Sachsen erfolgte Ausübung der
Republikdemokratie erhobenen Beschwerden, sondern ist auch ein
starker Beweis dafür, daß es höchste Zeit ist, den militärischen
Ausnahmestand aufzuheben. Dabei erkennen wir gern an, daß
"unmündigen Mißhandlungen" die Billigung des Generals
nicht finden.

Die Reichswehr in Sachsen.
Das Wehrkreiskommando IV in Dresden hat am Mittwoch
Dresdener Volkszeitung" auf zehn Tage verboten. Das
Verbot wird mit der Wiedergabe von Ausfertigungen der ver-
zerrten zurzeit in Sachsen stationierten Truppenteile begründet.
Militärzeitung bedeutet die Unterdrückung der "Volkszeitung"
in anderen als die gewalttätige Verhinderung zur Feststellung
weiterer Tatsachen. Als solche und nicht als Umwehrheiten
die Veröffentlichungen unseres Dresdener Parteiblattes zu
sehen. General Müller hat in einem Befehl, auf den
anderem auch der Reichsstadler am Donnerstag Bezug
nimmt, selbst zugegeben, daß Mißverhältnisse erfolgt
ist. Die von ihm aus diesem Grunde erlassene Anordnung
folgenden Wortlaut:
"Es sind in letzter Zeit eine Reihe von Fällen gemeldet
worden, bei denen Festnahmen durch die Truppe nur auf Grund
unrichtiger und ungesicherter Angaben erfolgt sind.
Infolge davon waren häufige Mißgriffe. Ich muß von der
Truppe fordern, daß sie bei allen Festnahmen, wenn es auch
den meisten Fällen nicht vorher erfolgen kann, so doch
möglichst im Anschluß daran durch Befragen der örtlichen
Bürger und Polizei die Richtigkeit der Angaben, die zur
Festnahme geführt haben, nachgeprüft und damit ohne
zweifelnden Grund festgenommene sofort wieder auf freien Fuß
gelassen werden können.
Fürner sind zu meinem Bedauern Fälle ganz un-
angenehm behandelungen und schwerer Mißhand-
lungen von festgenommenen zu meiner Kenntnis gelangt.
Ich muß von einer geringen Disziplin der Truppe, wenn der-
falls, das Ansehen der Reichswehr auf das schwerste
schädigende Zustände einwirken, trotzdem ich in meinem Tages-
befehl vom 29. Oktober ausdrücklich auf ein würdevolles Verhalten
einzelnen Reichswehrsoldaten hingewiesen habe. Ein
solches Verhalten erwidert mir nicht nur die Durchführung
meiner Aufgabe, sondern stellt ihre Lösung geradezu in Frage.
Ich bitte die Kommandeure, diese meine Ansicht allen
untergeordneten Truppen unverzüglich zur Kenntnis zu bringen
und durch schnelle Befehle dafür Sorge zu tragen, daß in Zu-
kunft Wiederholungen ausgeschlossen sind.
Die von mir angeordnete Untersuchung der mit gemeldeten
Fällen ist mit aller Strenge durchzuführen. Die Schuldigen
sind zu bestrafen."
Dieser Befehl bestätigt nicht nur die Berechtigung der von
Republikdemokratie gegen die in Sachsen erfolgte Ausübung der
Republikdemokratie erhobenen Beschwerden, sondern ist auch ein
starker Beweis dafür, daß es höchste Zeit ist, den militärischen
Ausnahmestand aufzuheben. Dabei erkennen wir gern an, daß
"unmündigen Mißhandlungen" die Billigung des Generals
nicht finden.

Die Reichswehr in Sachsen.
Das Wehrkreiskommando IV in Dresden hat am Mittwoch
Dresdener Volkszeitung" auf zehn Tage verboten. Das
Verbot wird mit der Wiedergabe von Ausfertigungen der ver-
zerrten zurzeit in Sachsen stationierten Truppenteile begründet.
Militärzeitung bedeutet die Unterdrückung der "Volkszeitung"
in anderen als die gewalttätige Verhinderung zur Feststellung
weiterer Tatsachen. Als solche und nicht als Umwehrheiten
die Veröffentlichungen unseres Dresdener Parteiblattes zu
sehen. General Müller hat in einem Befehl, auf den
anderem auch der Reichsstadler am Donnerstag Bezug
nimmt, selbst zugegeben, daß Mißverhältnisse erfolgt
ist. Die von ihm aus diesem Grunde erlassene Anordnung
folgenden Wortlaut:
"Es sind in letzter Zeit eine Reihe von Fällen gemeldet
worden, bei denen Festnahmen durch die Truppe nur auf Grund
unrichtiger und ungesicherter Angaben erfolgt sind.
Infolge davon waren häufige Mißgriffe. Ich muß von der
Truppe fordern, daß sie bei allen Festnahmen, wenn es auch
den meisten Fällen nicht vorher erfolgen kann, so doch
möglichst im Anschluß daran durch Befragen der örtlichen
Bürger und Polizei die Richtigkeit der Angaben, die zur
Festnahme geführt haben, nachgeprüft und damit ohne
zweifelnden Grund festgenommene sofort wieder auf freien Fuß
gelassen werden können.
Fürner sind zu meinem Bedauern Fälle ganz un-
angenehm behandelungen und schwerer Mißhand-
lungen von festgenommenen zu meiner Kenntnis gelangt.
Ich muß von einer geringen Disziplin der Truppe, wenn der-
falls, das Ansehen der Reichswehr auf das schwerste
schädigende Zustände einwirken, trotzdem ich in meinem Tages-
befehl vom 29. Oktober ausdrücklich auf ein würdevolles Verhalten
einzelnen Reichswehrsoldaten hingewiesen habe. Ein
solches Verhalten erwidert mir nicht nur die Durchführung
meiner Aufgabe, sondern stellt ihre Lösung geradezu in Frage.
Ich bitte die Kommandeure, diese meine Ansicht allen
untergeordneten Truppen unverzüglich zur Kenntnis zu bringen
und durch schnelle Befehle dafür Sorge zu tragen, daß in Zu-
kunft Wiederholungen ausgeschlossen sind.
Die von mir angeordnete Untersuchung der mit gemeldeten
Fällen ist mit aller Strenge durchzuführen. Die Schuldigen
sind zu bestrafen."
Dieser Befehl bestätigt nicht nur die Berechtigung der von
Republikdemokratie gegen die in Sachsen erfolgte Ausübung der
Republikdemokratie erhobenen Beschwerden, sondern ist auch ein
starker Beweis dafür, daß es höchste Zeit ist, den militärischen
Ausnahmestand aufzuheben. Dabei erkennen wir gern an, daß
"unmündigen Mißhandlungen" die Billigung des Generals
nicht finden.

Die Reichswehr in Sachsen.
Das Wehrkreiskommando IV in Dresden hat am Mittwoch
Dresdener Volkszeitung" auf zehn Tage verboten. Das
Verbot wird mit der Wiedergabe von Ausfertigungen der ver-
zerrten zurzeit in Sachsen stationierten Truppenteile begründet.
Militärzeitung bedeutet die Unterdrückung der "Volkszeitung"
in anderen als die gewalttätige Verhinderung zur Feststellung
weiterer Tatsachen. Als solche und nicht als Umwehrheiten
die Veröffentlichungen unseres Dresdener Parteiblattes zu
sehen. General Müller hat in einem Befehl, auf den
anderem auch der Reichsstadler am Donnerstag Bezug
nimmt, selbst zugegeben, daß Mißverhältnisse erfolgt
ist. Die von ihm aus diesem Grunde erlassene Anordnung
folgenden Wortlaut:
"Es sind in letzter Zeit eine Reihe von Fällen gemeldet
worden, bei denen Festnahmen durch die Truppe nur auf Grund
unrichtiger und ungesicherter Angaben erfolgt sind.
Infolge davon waren häufige Mißgriffe. Ich muß von der
Truppe fordern, daß sie bei allen Festnahmen, wenn es auch
den meisten Fällen nicht vorher erfolgen kann, so doch
möglichst im Anschluß daran durch Befragen der örtlichen
Bürger und Polizei die Richtigkeit der Angaben, die zur
Festnahme geführt haben, nachgeprüft und damit ohne
zweifelnden Grund festgenommene sofort wieder auf freien Fuß
gelassen werden können.
Fürner sind zu meinem Bedauern Fälle ganz un-
angenehm behandelungen und schwerer Mißhand-
lungen von festgenommenen zu meiner Kenntnis gelangt.
Ich muß von einer geringen Disziplin der Truppe, wenn der-
falls, das Ansehen der Reichswehr auf das schwerste
schädigende Zustände einwirken, trotzdem ich in meinem Tages-
befehl vom 29. Oktober ausdrücklich auf ein würdevolles Verhalten
einzelnen Reichswehrsoldaten hingewiesen habe. Ein
solches Verhalten erwidert mir nicht nur die Durchführung
meiner Aufgabe, sondern stellt ihre Lösung geradezu in Frage.
Ich bitte die Kommandeure, diese meine Ansicht allen
untergeordneten Truppen unverzüglich zur Kenntnis zu bringen
und durch schnelle Befehle dafür Sorge zu tragen, daß in Zu-
kunft Wiederholungen ausgeschlossen sind.
Die von mir angeordnete Untersuchung der mit gemeldeten
Fällen ist mit aller Strenge durchzuführen. Die Schuldigen
sind zu bestrafen."
Dieser Befehl bestätigt nicht nur die Berechtigung der von
Republikdemokratie gegen die in Sachsen erfolgte Ausübung der
Republikdemokratie erhobenen Beschwerden, sondern ist auch ein
starker Beweis dafür, daß es höchste Zeit ist, den militärischen
Ausnahmestand aufzuheben. Dabei erkennen wir gern an, daß
"unmündigen Mißhandlungen" die Billigung des Generals
nicht finden.

Die Reichswehr in Sachsen.
Das Wehrkreiskommando IV in Dresden hat am Mittwoch
Dresdener Volkszeitung" auf zehn Tage verboten. Das
Verbot wird mit der Wiedergabe von Ausfertigungen der ver-
zerrten zurzeit in Sachsen stationierten Truppenteile begründet.
Militärzeitung bedeutet die Unterdrückung der "Volkszeitung"
in anderen als die gewalttätige Verhinderung zur Feststellung
weiterer Tatsachen. Als solche und nicht als Umwehrheiten
die Veröffentlichungen unseres Dresdener Parteiblattes zu
sehen. General Müller hat in einem Befehl, auf den
anderem auch der Reichsstadler am Donnerstag Bezug
nimmt, selbst zugegeben, daß Mißverhältnisse erfolgt
ist. Die von ihm aus diesem Grunde erlassene Anordnung
folgenden Wortlaut:
"Es sind in letzter Zeit eine Reihe von Fällen gemeldet
worden, bei denen Festnahmen durch die Truppe nur auf Grund
unrichtiger und ungesicherter Angaben erfolgt sind.
Infolge davon waren häufige Mißgriffe. Ich muß von der
Truppe fordern, daß sie bei allen Festnahmen, wenn es auch
den meisten Fällen nicht vorher erfolgen kann, so doch
möglichst im Anschluß daran durch Befragen der örtlichen
Bürger und Polizei die Richtigkeit der Angaben, die zur
Festnahme geführt haben, nachgeprüft und damit ohne
zweifelnden Grund festgenommene sofort wieder auf freien Fuß
gelassen werden können.
Fürner sind zu meinem Bedauern Fälle ganz un-
angenehm behandelungen und schwerer Mißhand-
lungen von festgenommenen zu meiner Kenntnis gelangt.
Ich muß von einer geringen Disziplin der Truppe, wenn der-
falls, das Ansehen der Reichswehr auf das schwerste
schädigende Zustände einwirken, trotzdem ich in meinem Tages-
befehl vom 29. Oktober ausdrücklich auf ein würdevolles Verhalten
einzelnen Reichswehrsoldaten hingewiesen habe. Ein
solches Verhalten erwidert mir nicht nur die Durchführung
meiner Aufgabe, sondern stellt ihre Lösung geradezu in Frage.
Ich bitte die Kommandeure, diese meine Ansicht allen
untergeordneten Truppen unverzüglich zur Kenntnis zu bringen
und durch schnelle Befehle dafür Sorge zu tragen, daß in Zu-
kunft Wiederholungen ausgeschlossen sind.
Die von mir angeordnete Untersuchung der mit gemeldeten
Fällen ist mit aller Strenge durchzuführen. Die Schuldigen
sind zu bestrafen."
Dieser Befehl bestätigt nicht nur die Berechtigung der von
Republikdemokratie gegen die in Sachsen erfolgte Ausübung der
Republikdemokratie erhobenen Beschwerden, sondern ist auch ein
starker Beweis dafür, daß es höchste Zeit ist, den militärischen
Ausnahmestand aufzuheben. Dabei erkennen wir gern an, daß
"unmündigen Mißhandlungen" die Billigung des Generals
nicht finden.

Die Reichswehr in Sachsen.
Das Wehrkreiskommando IV in Dresden hat am Mittwoch
Dresdener Volkszeitung" auf zehn Tage verboten. Das
Verbot wird mit der Wiedergabe von Ausfertigungen der ver-
zerrten zurzeit in Sachsen stationierten Truppenteile begründet.
Militärzeitung bedeutet die Unterdrückung der "Volkszeitung"
in anderen als die gewalttätige Verhinderung zur Feststellung
weiterer Tatsachen. Als solche und nicht als Umwehrheiten
die Veröffentlichungen unseres Dresdener Parteiblattes zu
sehen. General Müller hat in einem Befehl, auf den
anderem auch der Reichsstadler am Donnerstag Bezug
nimmt, selbst zugegeben, daß Mißverhältnisse erfolgt
ist. Die von ihm aus diesem Grunde erlassene Anordnung
folgenden Wortlaut:
"Es sind in letzter Zeit eine Reihe von Fällen gemeldet
worden, bei denen Festnahmen durch die Truppe nur auf Grund
unrichtiger und ungesicherter Angaben erfolgt sind.
Infolge davon waren häufige Mißgriffe. Ich muß von der
Truppe fordern, daß sie bei allen Festnahmen, wenn es auch
den meisten Fällen nicht vorher erfolgen kann, so doch
möglichst im Anschluß daran durch Befragen der örtlichen
Bürger und Polizei die Richtigkeit der Angaben, die zur
Festnahme geführt haben, nachgeprüft und damit ohne
zweifelnden Grund festgenommene sofort wieder auf freien Fuß
gelassen werden können.
Fürner sind zu meinem Bedauern Fälle ganz un-
angenehm behandelungen und schwerer Mißhand-
lungen von festgenommenen zu meiner Kenntnis gelangt.
Ich muß von einer geringen Disziplin der Truppe, wenn der-
falls, das Ansehen der Reichswehr auf das schwerste
schädigende Zustände einwirken, trotzdem ich in meinem Tages-
befehl vom 29. Oktober ausdrücklich auf ein würdevolles Verhalten
einzelnen Reichswehrsoldaten hingewiesen habe. Ein
solches Verhalten erwidert mir nicht nur die Durchführung
meiner Aufgabe, sondern stellt ihre Lösung geradezu in Frage.
Ich bitte die Kommandeure, diese meine Ansicht allen
untergeordneten Truppen unverzüglich zur Kenntnis zu bringen
und durch schnelle Befehle dafür Sorge zu tragen, daß in Zu-
kunft Wiederholungen ausgeschlossen sind.
Die von mir angeordnete Untersuchung der mit gemeldeten
Fällen ist mit aller Strenge durchzuführen. Die Schuldigen
sind zu bestrafen."
Dieser Befehl bestätigt nicht nur die Berechtigung der von
Republikdemokratie gegen die in Sachsen erfolgte Ausübung der
Republikdemokratie erhobenen Beschwerden, sondern ist auch ein
starker Beweis dafür, daß es höchste Zeit ist, den militärischen
Ausnahmestand aufzuheben. Dabei erkennen wir gern an, daß
"unmündigen Mißhandlungen" die Billigung des Generals
nicht finden.

BEWERTUNGSBEREICH

Internationale Solidarität.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat zu-
sammen mit den zu einer Sitzung versammelten Vertretern der Inter-
nationalen Berufssekretariate beschlossen, sofort aus dem Fonds des
IGB eine größere Summe den deutschen Gewerkschaften zur Ver-
fügung zu stellen und die Landeszentralen dringend aufzufordern,
aus ihrem Kassendebit Mittel herzugeben und die ihnen ange-
schlossenen Organisationen zu veranlassen, daselbst zu tun, um die
deutsche Arbeiterbewegung in ihrem Kampfe finanziell zu unterstützen.
An die amerikanischen Gewerkschaften ist ebenfalls ein Ersuchen um
finanzielle Hilfe gesandt worden.

Die Kostgelder und Invalidenversicherung der Handwerkslehrlinge.

Vom Obmann der Breslauer Gesellenvereine wird und
geschrieben:
Die schriftlichen wie mündlichen Anfragen der letzten Woche
betreffs Umrechnung der Kostgeldsätze nach Gold-
mark veranlassen mich, folgendes den interessierten Kreisen zu
unterbreiten:

Die Vorstehenden der Gesellenvereine beschließen, da sie in
ihren Annahmen eine höhere Kostgeldentschädigung nicht durchsetzen
können, bei der Handwerkskammer eine andere Festsetzung der
Kostgelder zu beantragen, dies ist am 18. Oktober geschehen. Der
Vorstand der Kammer hat zugestimmt, in der nächsten Vorstandes-
sitzung das mit dem Ausschuss für das Lehrlingswesen zu beraten.
Dies heute hat keine Sitzung stattgefunden. Es gilt
daher der bisherige Berechnungsmodus. Vom 1. November hat
recht der tägliche Satz der Natural- und Sachbezüge etwa 6 1/2 Mil-
liarden Mark; danach sollen die Kostgeldbeiträge nach den Richt-
linien der Handwerkskammer im Regierungsbezirk Breslau betragen:
im ersten Jahre 10 Milliarden pro Woche,
" zweiten " 20 " " "
" dritten " 30 " " "
" vierten " 40 " " "

Bei einem Preise von 20 Milliarden für das Überstundbrod
können diese Sätze keine Kostgeldbeiträge genannt
werden. (Am heutigen Tage gilt ein viel höherer Preis des
Brotes.)

Der Antrag der Gesellen fordert für die Festsetzung der Kost-
geldbeiträge im ersten Jahre zwei Gesellenstunden
18 bis 20 Jahren, im zweiten vier, im
dritten sechs und im vierten acht als Grundlage der Berechnung.
Da die Höhe der Beiträge nach Goldpreisen festgelegt sind,
müßte anteilsgemäß auch für die Kostgeldbeiträge die Gold-
berechnung stattfinden. Die Lehrlinge der drei ersten
erhalten Goldbezüge, und zwar in der Metallbranche 3, 4, 5 und
7 Wfg. pro Stunde. Einige Innungen haben auch Kostgeld-
beiträge nach Goldpreisen beschlossen. Die Schlussfolgerung
will ihre Lehrlinge mit fünf Goldpreisen im ersten, mit
zehn Goldpreisen im zweiten, mit fünfzehn Gold-
preisen im dritten und mit zwanzig Goldpreisen im
vierten Lehrjahre pro Woche zu ihren Eltern schicken, denn
die Kostgeldbeiträge sollen den Eltern der Lehr-
linge eine Erleichterung und bessere Erziehung
ihrer Kinder darstellen. (2)

Da der Goldpreis am Ende der vorigen Woche (11. bis
17. November) sechs Milliarden Papiermark galt, müßten diese
Lehrlinge 30, 60, 90 und 120 Milliarden erhalten haben, während
die Bestimmungen der Kammer sich nicht veränderten.

Nach dem Antrage der Gesellen aber hätten die Lehrlinge
nach dem Stundenlohn eines Arbeiters von 18 bis 20 Jahren, der
22 Goldpreisen betrug, erhalten:
im ersten Jahre 2 x 22 x 6 Milliarden = 264 Milliarden,
im zweiten " 4 x 22 x 6 " = 528 "
im dritten " 6 x 22 x 6 " = 792 "
im vierten " 8 x 22 x 6 " = 1056 "
pro Woche. Dies stellt eher eine Kostgeldbeiträge dar und an den
Eltern liegt es, die mit unzureichenden Kostgeldbeiträgen
zufrieden sind.

Die Invalidenversicherungspflicht der Lehrlinge.

Nach dem Gesetz sind jetzt alle Personen versicherungspflichtig,
die gegen Entgelt beschäftigt sind (früher erst vom vollendeten
16. Lebensjahre). Dieser Wille des Gesetzgebers, möglichst alle
Personen in den Kreis der sozialen Fürsorge einzubeziehen, paßt auch
zum Teil den Handwerksmeistern nicht. Schöne Köpfe unter ihnen
haben die Zahlung der Kostgeldbeiträge an die
Eltern (nicht an den Lehrling), als Grund, daß der
Lehrling nicht versicherungspflichtig ist, betrachtet. Zur Entschärfung
dieses Standpunktes hat sich das Oberversicherungsamt Breslau
die Meinung dieser Handwerksmeister zu eigen gemacht und be-
trachtet die Lehrlinge, die eine Kostgeldbeiträge erhalten, als Lehr-
linge, die vom Arbeitgeber Kost und Wohnung unentgeltlich
empfangen, derart, daß es dem Arbeitgeber aus besonderen
Gründen nicht möglich ist, den Lehrling an seinem Orte zu
beschäftigen und er deshalb den Weg wählt, vor sich aus eine dritte
Person (den gesetzlichen Vertreter) hiermit zu beauftragen. (Ob
dem Oberversicherungsamt bekannt ist, wie hoch die Kostgeld-
beiträge sind, die bei weitem nicht ausreichen, das tägliche Brot
für den Lehrling zu kaufen?) Der Vorstand der Landes-
versicherungsanstalt Schlesien betrachtet Lehrlinge, die mehr als
ein Drittel des Durchschnittes als Kostgeldbeiträge erhalten, als ver-
sicherungspflichtig.

Die Eltern, die also die Kostgeldbeiträge für ihre Söhne
etwa selbst vom Schmelzer holen, oder aber gar Dichtung darüber
geben, fliehen sich selbst und dem Lehrling, wenn dieser einen Unfall
erleidet, der die Invalidität zur Folge hat, einen Schaden zu, der
unberechenbar ist. Der Wille des Gesetzgebers ist, alle Personen
vor Schaden zu bewahren.

Streik-Abbruch in der Engelhardt-Brauerei.

Der Vorstand der Brauereiarbeiter schreibt uns:
Am Freitag, den 16. November, trafen die Arbeiternehmer
genannter Firma in den Streit, weil Generaldirektor Herr
Kasper-Berlin, ohne irgend welche Verhandlungen, Tarif-
beding, indem er diktierte, der Hausstrunk wird in allen Ab-
teilungen um 1. Oktober gekürzt. Am Montag, den 19. November,
wurde durch den Herrn Direktor Leubke bekanntgegeben, daß
das gesamte Personal die Arbeit unter den alten Bedingungen
wieder aufnehmen könne. Die darauf angebotenen Verhand-
lungen zeigten aber, daß man die Kürzung des Hausstrunks unter
allen Umständen beibehalten will. Herr Direktor Leubke erklärte
weiter, daß Herr Kasper auf dem Standpunkt stehe, dem hier-
trübenden Publikum das Bier nicht zu verteuern. Dazu müßte
auch die Brauereiarbeiterbeiträge beitragen, indem sie sich die
Kürzung des Hausstrunks gefallen lassen.

Hierzu bemerken wir, daß die Brauereiarbeiterbeiträge durch
Löhne und Hausstrunk nicht die geringste Veranlassung zur Ver-
teuerung des Bieres gibt, und sich nicht nachfragen lassen will, daß
sie durch volle Beibehaltung des Hausstrunks das Bier dem
biertrinkenden Publikum verteuere. Der Streik wurde deshalb
sofort abgebrochen und die nächsten Verhandlungen vor dem
Schlichtungsausschuss werden egeben, wie weit uns die
Brauereien in Bezug auf die Löhne entgegenkommen werden.
Ueber Kürzung des Hausstrunks haben wir dem Schlichtung-
Brauereiverein am 17. November die Erklärung abgegeben, ab-
zumachen, wie Berlin die Hausstrunkfrage regelt. Sehr wenig
Entgegenkommen wurde in der Lohnfrage gezeigt, indem man die
Löhne pro Woche bei 16-stündiger Arbeitszeit um 1,72 Mark er-
höhte. Das ergibt einen Wochenlohn bei der sehr bescheidenen
Arbeitszeit von 4 Tagen für einen gelehrten verheirateten
Bauer von 10,56 Mark = 0,56 Mark pro Stunde. Die
Entschädigung für die unzureichende Kürzung des Hausstrunks
wird natürlich noch eingeklagt, weil sie bereits am 23. Oktober
dieses Jahres von der Engelhardt-Brauerei allein vorgenommen
wurde.

Milliarden-Schadenersatzansprüche gegen Vorgehen der Reichswehr in Sachsen.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ schreibt:
Die in Sachsen einmarschierte Reichswehr hatte bekanntlich
die „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen. Dieser
Auftrag der Reichsregierung finanziell äußerst teuer zu
kommen. Bereits jetzt liegen eine ganze Reihe von
Schadenersatzansprüchen der durch die Reichs-
wehreinwirkungen und körperlich geschädigten Per-<

Stadttheater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Bohème.
Sonnabend 7 Uhr:
Zum 1. Male:
Die heilige Cene.

Lobetheater.
Intendant: Paul Barney.
Tel.: R. 6774 und R. 6700.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Ein Teufelstern.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Beer Gunt.
Musik von Orta.

Thalia-Theater
Rg. 6700 7 1/2 Uhr:
Mein Vetter Gerard
Lebensabend
3 1/2 Uhr und 7 1/2 Uhr:
Im Zwanzigsten Jahre
mit:
Paul Barney und
Ludwig Stöckel.
Sänger:
Marga Damsberg
Fritz Tröscher.

Schauspielhaus.
Opernbühne Tel. Ring 2548
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
Gaßspiel Edith Karin
Der Gänßling der Jasin.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Gaßspiel Elli Pfeiffer
Der Zigeunerbaron.

Korbwaren fortg. bill.
mittel. Gelegenh.
Kleider- u. Schuhe-
käufe
sicheres Kleider-Schneiderei
Schneiderei- u. Schneid-
arbeiten, Ohrlöcher, u. Holz u.
!! Kein Laden !!

Partei-Freunde
kaufen Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
steils die

Volkswacht
aus Leben und Lederstoffen,
Seifen, lang u. weiches aus
Kammern, Cord, Pilot u. a.
Stoffen verkauft einzeln billig.
Arthur Beuthner
Freiburger Straße 22, II.

Winter-Joppen
aus Leben und Lederstoffen,
Seifen, lang u. weiches aus
Kammern, Cord, Pilot u. a.
Stoffen verkauft einzeln billig.
Arthur Beuthner
Freiburger Straße 22, II.

BK Lichtbildbühne BK

Täglich 5, 6 1/4,
8 1/2 Uhr

20 Kritiken nur
eine Stimme!
über:
Schatten
Eine
nächtliche
Halluzination

Produktion: „Dafur“, Berlin, Verleih „Forum“, A.-S., Breslau.
Regie: Arthur Robison. — Darsteller:
Fritz Kortner :: A. Granach
Ruth Weyner :: Eugen Rex :: F. v. Alten

Pressstimmen: „Vorwärts“: Künstler, die ihre Sache verstehen, die Liebe zum Film haben und wissen, daß er der Allgemeinheit so viel schuldig bleibt, tendieren sich zusammen und schützen ein fein empfundenes Kammerstück. Sie stellen sich neue Aufgaben und lösen sie. — Man arbeitet mit rastlosster Ausnutzung des Gegenlichtes, der Schattenwirkung. — Der Film ist ohne Titel und erbringt die beste Bestätigung, daß der textlose Film sehr wohl möglich ist. Alles in Allem entstand ein Werk, das den Geschmack eines engeren Kreises trifft und interessant für alle ist.

Außerdem: Das beste amerikanische Lustspiel:
Das verrückte Hotel.
Vorverkauf täglich 11—1 Uhr an der Kasse.

OK Jupiter
Förstnerstraße 32
Erstaufführung
des größten Sensationsfilms:
**Der Gouverneur
des Todes**
6 Akte aus dem Leben
eines Verbrechers.
Ferner:
Das amerikan.
Duell
ein Detektivdrama in
5 Akten, verfasst von
Marry Picl.
Dazu:
Das amerik. Lustspiel
2002 „Er“
als Küchenchef.

Die Uhr
6 Akte aus dem Leben eines Verbrechers.
Ferner:
Das amerikan. Duell
ein Detektivdrama in 5 Akten, verfasst von Harry Picl.
Dazu:
Das amerik. Lustspiel 2002 „Er“ als Küchenchef.

Die Uhr
6 Akte aus dem Leben eines Verbrechers.
Ferner:
Das amerikan. Duell
ein Detektivdrama in 5 Akten, verfasst von Harry Picl.
Dazu:
Das amerik. Lustspiel 2002 „Er“ als Küchenchef.

Die Uhr
6 Akte aus dem Leben eines Verbrechers.
Ferner:
Das amerikan. Duell
ein Detektivdrama in 5 Akten, verfasst von Harry Picl.
Dazu:
Das amerik. Lustspiel 2002 „Er“ als Küchenchef.

Die Uhr
6 Akte aus dem Leben eines Verbrechers.
Ferner:
Das amerikan. Duell
ein Detektivdrama in 5 Akten, verfasst von Harry Picl.
Dazu:
Das amerik. Lustspiel 2002 „Er“ als Küchenchef.

Die Uhr
6 Akte aus dem Leben eines Verbrechers.
Ferner:
Das amerikan. Duell
ein Detektivdrama in 5 Akten, verfasst von Harry Picl.
Dazu:
Das amerik. Lustspiel 2002 „Er“ als Küchenchef.

Die Uhr
6 Akte aus dem Leben eines Verbrechers.
Ferner:
Das amerikan. Duell
ein Detektivdrama in 5 Akten, verfasst von Harry Picl.
Dazu:
Das amerik. Lustspiel 2002 „Er“ als Küchenchef.

Die Uhr
6 Akte aus dem Leben eines Verbrechers.
Ferner:
Das amerikan. Duell
ein Detektivdrama in 5 Akten, verfasst von Harry Picl.
Dazu:
Das amerik. Lustspiel 2002 „Er“ als Küchenchef.

Die Uhr
6 Akte aus dem Leben eines Verbrechers.
Ferner:
Das amerikan. Duell
ein Detektivdrama in 5 Akten, verfasst von Harry Picl.
Dazu:
Das amerik. Lustspiel 2002 „Er“ als Küchenchef.

FREIE HOCHSCHULE FÜR VOLKSBILODUNG

GEWERKSCHAFTSHAUS, GROSSER SAAL
Sonntag, 25. November (Tobensontag),
abends 7 Uhr:

Experimental-Vortrag
von MARIO JAHNZ über

Hypnose und Verbrechen

Kann Hypnose zu verbrecherischen Zwecken mißbraucht werden? — Können im hypnotischen Schlafe Verbrechen begangen werden? — Kann man durch Suggestion einen Menschen zum Verbrechen zwingen? — Können durch Suggestion falsche Zeugnisaussagen entstehen? — Kann man durch Hypnose Verbrechen aufdecken oder Verbrecher überführen? — Kann man durch Hypnose aus Zeugen die Wahrheit erforschen? Diese und andere Fragen werden nach dem neuesten Stande wissenschaftlicher Forschung und an zahlreichen Experimenten — unter Mitwirkung von Franz Beier und Erich Kosmala — eingehend untersucht und beantwortet.
ERNSTE, KLASSISCHE MUSIK.

Breslauer Sängervereinigung Markur Arion 8000

Dienstag, 27. Nov., abds. 7 1/2 Uhr, Konzerthaus:
Konzerf.

Mitwirkende: L. Senderowna, Staatsoper, Berlin.
Klavier: W. Strassauer, Chorleiter: Alfred Arche.
Karten bei Heinzer und Stigand, Blicherplatz.

**Präsidenten
Verein**
Kaufhaus
Schlesien, Hauptplatz 63

Wohnungen

Touche formige 1-jährige
Stube, schöne gr.
Küche, Bad, etc.
Haus, Hohenzollernstraße,
gegen gleich oder etwas
größer im Süden ohne Be-
heizung. Offert u. Z. 172
an die Buchh. Volkswacht.

Verkäufe

1 Gebett Betten verkauft
Wesergasse 43, II. Etg. 1001
Cutaway f. neu, Gr. 1,70
verkauft Walper, Baderstr.
straße 21. 2104

Wartburg-Lichtspiele
Gräbischer Straße 84 a

Unwiderruflich nur bis Montag!
Völkerringen (Untrieden der Heimat)
mit Gesangseinlagen des Konzertsängers Schmalz.
Ferner die original-amerikanische Sensation:
Stimmen aus dem Jenseits.
Klein 5 Uhr, Anfang 6 Uhr.

!! Achtung !!
Bei wertbeständiger
Zahlung
5% Rabatt
auf Ledersohlen.
Gebr. Tischler Lederhandl.
Waldenstr. 4
Filiale: Sandstraße 18.

Um allen Schichten der Bevölkerung
Gelegenheit zu geben,
für den kommenden Winter sich
billigst Bekleidung zu beschaffen,
haben wir aus unserem Fabriklager

Damen- u. Mädchen-Mäntel u. Kostüme
Röcke, Wollkleider, Felljachen
zum Verkauf geeilt.
Damen- u. Herrenstoffe geben wir preiswert ab.

Gebr. Peiser
Damen- u. Mädchen-Mäntelfabrik
Schweidnitzerstr. 38-40, II

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerinnen

für Größere, Hemig- und Größelstraße,
Wochenlohn zur Zeit: 3 1/2 Millionen.
für Rospatzstraße und Neue Adalbertstraße,
Wochenlohn: 3 Millionen,
und für Ober- u. Scheinweg
sofort gesucht.
Verlag der „Volkswacht“, Kurier 4

Breslauer „Elektro-Industrie“ G.m. b. H.

Klosterstraße Nr. 62 Breslau 8 Telefon: Ring 218

Sämtliche elektrotechn. Bedarfsartikel für Industrie und Landwirtschaft

Tochter-Gesellschaft
Elektro-Metallwaren-Fabrik, E. Horn & Co., G.m.b.H.

Verwerkstraße Nr. 14a Breslau 8 Telefon: Ohle 1251
Fabrikation von Rohschellen, Endtüllen und sonstigen Bohrzubehörteilen

Vereinigte Holzindustrie

Akt.-Ges.

Breslau 13, Kaiser-Wilhelm-Straße 100/102

Emanuel Rosengarten Akt.-Ges.

Abfallverwertungs- u. Sortieranstalt

**Alteisen Metalle
Lederabfälle
Lumpen Altpapier**

Fernsprecher: Ring 7110, 7111, 7112
Lageradresse: Schießwärdnerstraße 38
Drahtwort: Ergo Breslau

P. Wenzel

Groß-Tschansch
Fernsprecher: Ohle 7248

**Bautischlerei, Möbeltischlerei
Ladenbau**

Pollack & Adler

Breslau, Pokoyhof

Herren-Kleider-Fabrik

Telephon: Ring 3687

Martin Strumpf

BRESLAU

Holkestraße Nr. 15

Eduard Langer & Co.

Kunstwollfabrik Lillenthal

Einkauf von alten und neuen Tuchabfällen

Telephon Ring Nr. 9136 Breslau, Rosenstraße 25 Telephon Ohle Nr. 1533

Abfahrt der Züge von Breslau (Freiburger Bahnhof) nach Richtung Hirschberg — Görlitz — Berlin.

D = Durchgangswagen. W = Werktag. Δ = Bahnpost.
† Oktober — März täglich. †† Verkehrt nur auf besondere Anordnung.

Δ 451	†† 608	623	D 631	Δ 837	† 1236	1259	W 315	Δ 436	Δ 625	1018	1122
nach Hirsch- berg	nach Hirsch- berg	nach Hirsch- berg	nach Hirsch- berg	nach Hirsch- berg	nach Hirsch- berg	nach Hirsch- berg	nach Hirsch- berg	nach Hirsch- berg	nach Hirsch- berg	nach Hirsch- berg	nach Hirsch- berg

Hugo Plachte

Breslau 10, Schießwärdnerstr. 44

Telephon: Ring Nr. 3255

Häute, Felle, Rauchwaren

Spezialität: Hasen und Kanin

Gebr. Goldstein

BRESLAU, Kaiser-Wilhelm-Straße 142

Telephon: Ring Nr. 7100

Holz-Großhandlung

Bau- und Nutzhölzer aller Art liefert

Eichstaedt & Co.

Holzgroßhandlung

BRESLAU V

Bürgerliches

Brauhaus Breslau

Hubenstraße 44/48 Anruf Ring 1533

empfeilt seine wohlgeschmeckenden
und bekömmlichen Biere

Abramsohn & Lippstadt

Herrenkleiderfabrik

BRESLAU I, Renschestraße 20/21

Fernspr. Ring 9018 :: Telegr.-Adr. Alib.

Hch. Fiebiger

Neue Schweidnitzer Straße Nr. 4

Werkzeuge — Landwirtschaftliche Geräte

Haus- und Küchengeräte — Eisenwaren

Gegründet 1877. Fernsprecher Ohle 5306 u. 5307

Heinrich Künstler, Breslau-Klein Tschansch

Telephon Ohle Nr. 2794

Rohprodukten-Großhandlung

Max Berger Breslau, Augustastraße 66. Telephon Ohle 530

Webwaren en gros

Die in dieser Zeitung veröffentlichten Anzeigen sind die einzigen, die in der Zeitung „Volkswacht“ G. m. b. H. veröffentlicht werden. — Druck und Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., Kurier 4, Breslau. — Preis 1 Blatt 10 Pf.

